

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger



Amtsblatt für die Königl. Amtshauptmannschaft Flöha, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Koberger sen. in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. G. Koberger in Frankenberg i. Sa.

Nr. 20

Donnerstag, den 24. Januar 1918

77. Jahrgang

Fleischbezug betr.

In der Woche vom 21. bis 27. Januar 1918 werden für Personen über 6 Jahre 150 gr. Fleischwaren und für Kinder unter 6 Jahre die Hälfte dieser Menge sichergestellt.
Flöha, den 22. Januar 1918. Der Vorsitzende des Kommunalverbandes.

Der diesjährige Geburtstag unseres Deutschen Kaisers

wird hier durch verschiedene Veranstaltungen, wozu im Einzelnen besondere Bekanntgabe erfolgt, begangen werden.
Unsere Einwohnerschaft wird hiermit gebeten, durch zahlreiche Teilnahme daran und durch allgemeine Beflaggung der Häuser am Geburtstage des Kaisers ihrer Verehrung und Liebe wie dem Danks gegen den Führer unseres Volkes sichtbaren Ausdruck zu verleihen.
Frankenberg, am 22. Januar 1918. Der Stadtrat.

Verkauf von Quarz.

Donnerstag, den 24. d. M., auf alle noch nicht belieferten 2. und 3. Abschnitte für Januar der Landesperikarte bei Kerber, Hölzer, Schaarschmidt und Herold.
Stadtrat Frankenberg, den 23. Januar 1918.

Verkauf von Käse

Donnerstag, den 24. d. M., an die Bewohner des 4. Brottartenbezirks
auf 4. Abschnitt für Januar der Landesperikarte bei Fiedler und Roth.
Ausweisliste ist vorzulegen.
Stadtrat Frankenberg, am 23. Januar 1918.

Ein klares Kriegsziel

Von herauferer Seite wird uns geschrieben:
Neuverteilung Afrikas; kein status quo ante! Das ist ein klares, koloniales Kriegsziel, das alles enthält, was im Augenblick gefordert werden kann, und das in kolonialen Kreisen umso mehr begrüßt wird, als es von maßgebender Stelle, von dem Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf, in seiner kürzlich erschienenen Rede in Berlin aufgestellt worden ist.
Die Forderung einer Neuverteilung Afrikas schließt in sich, daß unser Verlangen sich nicht auf eine mehr oder weniger umfangreiche Verschiebung der Grenzen unserer alten Schutzgebiete beschränkt, sondern auf eine planmäßige Aufteilung des afrikanischen Kontinents nach maßgebenden Gesichtspunkten ausgeht. Diese Gesichtspunkte sind von Dr. Solf gleichfalls in bestimmter Form entwickelt worden. An Stelle der bisherigen Ungleichheit, die auf Zufälle, wie das Eingreifen einzelner, tatarischer Persönlichkeiten oder geschichtliche Uebelstände zurückzuführen ist, soll eine planmäßige Aufteilung unter die beteiligten Großmächte nach ihrer kolonialistischen Kraft und Fähigkeit und ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen treten. Eine solche Verteilung auf gerechter Grundlage gibt Aussicht auf eine befriedigende Lösung des afrikanischen Problems und auf eine dauernde Befriedigung der kolonialpolitischen Spannung.

Die Ablehnung des status quo ante schließt das Verlangen in sich, daß unser afrikanischer Kolonialbesitz in Zukunft größer sein muß als bisher. Dieses Verlangen leitet Dr. Solf aus dem Verhältnis der wirtschaftlichen Kraft und Leistungsfähigkeit her. Es ist sowohl vom deutschen Standpunkte als auch von dem der gesamten Weltwirtschaft aus, die eine möglichst vollkommene Nutzung aller Gebiete der Erde für die Gesamtwirtschaft der Kulturvölker verlangt, ein unhaltbarer Zustand, daß weite und wertvolle Gebiete Afrikas in den Händen von kleinen Staaten, wie Portugal und Belgien, sind, die weder die wirtschaftliche und kulturelle Kraft für die Erschließung dieser Gebiete aufbringen können, noch auch in ihrer heimischen Volkswirtschaft die wirtschaftliche Notwendigkeit dazu haben. Ähnlich liegt es bei Frankreich und England. Wenn bei diesen Staaten — auch vom Gegner — die Fähigkeit und die Kraft zu kolonialer Betätigung anerkannt werden muß, so geht der Umfang ihrer Besitzungen in Afrika doch über das Bedürfnis ihrer heimischen Volkswirtschaft im Vergleich zu Deutschland weit hinaus, insbesondere, wenn man ihren Besitz außerhalb Afrikas berücksichtigt. Es wird dies am schlagendsten dadurch bewiesen, daß die französischen und englischen Kolonien für einen großen Teil ihrer Erzeugnisse vor dem Kriege Absatz bei anderen Volkswirtschaften, insbesondere bei der deutschen, suchen mußten.

Wird eine Neuverteilung Afrikas auf dieser Grundlage der Gerechtigkeit erreicht, so wird dadurch nicht nur auf kolonialpolitischen Gebiete ein Herd widerstreitender Bestrebungen beseitigt, sondern es tritt auch im allgemeinen wirtschaftlichen Wettbewerb eine Entspannung und eine Verminderung der Reibungsflächen zwischen den Großmächten ein. Mehr als dieses Programm: „Neuverteilung Afrikas; kein status quo ante“ im Augenblick aus amtlichem Munde zu hören, wird kein einseitiger Politiker verlangen. Einzelheiten müssen späteren Zeiten vorbehalten bleiben. Insbesondere wäre auch eine Festlegung auf bestimmte Gebiete Afrikas im Augenblick verfehlt. Ob der Schwerpunkt unseres Kolonialbesitzes in Zukunft in Zentralafrika oder in Ost- oder Westafrika liegt, ist tatsächlich auch eine Frage von zweiter Bedeutung. Worauf es für Deutschland in erster Linie ankommt, ist, daß seine Ansprüche auf eine angemessene Versorgung mit kolonialen Rohstoffen und Genußmitteln, namentlich mit Baumwolle, Wolle und sonstigen Fasern, Holzfrüchten, Kautschuk, Kakao usw. befriedigt werden. Da dafür die verschiedensten Gebiete Afrikas die Voraussetzung bieten, hieße es nur die Hände für die Verhandlungen binden und eine entgegenkommende Berücksichtigung gegenseitiger Interessen erschweren, wenn wir uns jetzt auf bestimmte Gebiete festlegen wollten.

Ob diese auf eine dauernde koloniale Auslösung gerichteten Ziele beim Gegner auf Verständnis stoßen werden? Dr. Solf gibt darauf selbst die Antwort, daß er bei den jetzt in

der Macht befindlichen englischen Männern nicht darauf rechnet, daß aber von der weiteren Ergebnislosigkeit ihrer Knod-out-Politik ein Umsturz in der englischen Machtverteilung zu erwarten ist, die einer solchen Verständigung geneigtere Kreise ans Ruder bringen wird. Ob und wann dies eintreten wird, muß der weiteren Entwicklung der militärischen und politischen Lage überlassen werden. Den deutschen kolonialen Kreisen kann es zunächst genügen, mit Befriedigung festzustellen, daß von der obersten Stelle unserer Kolonialverwaltung Ziele vertreten werden, die — wenn sie verwirklicht werden — alle Gewähr für die koloniale Entwicklung Deutschlands geben.

Die ukrainischen Oesterreicher und die Friedensverhandlungen

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk haben lebhafteste Besprechungen unter den kaisertreuen Oesterreichern hervorgerufen. Man bespricht bei ihnen, daß der gänzlich im polnischen Fahrwasser verlaufende Kurs der Politik ihnen bei der Neuordnung der Dinge schweres wölftiges Unrecht in Ostgalizien zufügen könne.
Man sind die ukrainischen Vertreter im österreichischen Reichsrat mit einer nachdrücklichen Verwahrung hervorgetreten, der auch in Deutschland größte Beachtung geschenkt werden sollte.

Ostgalizien ist zusammengesetzt aus zwei ehemals selbstständigen ukrainischen Fürstentümern — Halysch und Lodomerien — die zum großen ukrainischen Reich Kijiw gehörten. Zuletzt 1866 hat man dieses Gebiet der ukrainischen Fürstentümer gegen den Willen seiner Bewohner mit den polnischen Fürstentümern Krakau, Auschwitz und Zator zwangsweise vereinigt und daraus künstlich das übermäßig ausgedehnte Kronland Galizien geschaffen, das im Westen von Polen, im Osten fast ganz von ukrainischen Bauern bewohnt wird, die in scharfem wölftischen Kampf gegeneinander stehen.

Nun sollen wesentliche Teile dieses von ukrainischen Oesterreichern besiedelten Gebietes dem neuen polnischen Staat zugeschlagen werden und die Bewohner dadurch den gewaltsamen Bepoplungsversuchen in Verwaltung und Schule ausgesetzt werden.

Gegen diesen im Anzug befindlichen schwersten politischen Fehler erhebt nun die ukrainische Reichsratsvertretung ihre warnende Stimme. Sie verlangt, daß Galizien wieder in seine natürlichen Bestandteile zerlegt werde, aus denen es künstlich zusammengeschweißt wurde. Das ukrainische Ostgalizien soll zusammen mit dem Nordteil des herrlichen Buchenlandes, Bukowina genannt, ein Kronland der Doppelmonarchie werden. Ist das aber unmöglich, und will das Haus Habsburg auf dieses treu, auf allen Schlachtfeldern bewährte Volk verzichten, so fordert dasselbe die Angliederung an die große ukrainische Republik, die sich jenseits in Kijiw gebildet und für selbstständig erklärt hat.

Nur durch eine reinliche staatsrechtliche Trennung von den Polen wird auch in den ukrainischen Gefilden Oesterreichs Friede und Ruhe einziehen, und das Neuzubringen dieser vom Krieg schwer heimgefügten Landestteile ermöglicht werden.

Das deutsche Volk aber hat noch andere Gründe, um diese Ansprüche der ukrainischen Oesterreicher in seinem eigenen Interesse willkommen zu heißen. Die Polen sind schon heute unbandbar gegen die staatliche Freiheit, die wir durch unser Schwert und Blut ihnen gebracht haben. Sie wagen es sogar, nach deutschen Gebietsteilen hinüber zu schießen und fänden bereits eine wölftische Angriffsbewegung, eine „Irredenta“, wie man es nach den Vorgängen in Belschitzel genannt hat, an.

Besteht neben der Republik Ukraine ein ukrainisches Kronland der Habsburger Monarchie, so haben wir daran die ersten Dämpfer gegen jede polnische Annäherung.

Tatsächlich ist auch das ukrainische Volk die einzige der im österreichischen Reichsrat vertretenen slavischen Nationen gewesen, die eine deutschfreundliche Haltung befundete und trotz zahllicher Gegnerschaft in manchen politischen Teilfragen auch stets bewährte.

Verkauf von Dosenmilch

in der städtischen Niederlage, Babenberg 6,
Donnerstag, den 24. d. M., Vorm. 9-1 Uhr an die Bewohner des 4. Brottartenbezirks,
Freitag, den 25. d. M., Vorm. 9-1 Uhr an die Bewohner des 1. Brottartenbezirks.
Die Ausweisliste ist vorzulegen.
Stadtrat Frankenberg, am 23. Januar 1918.

Verkauf von versch. konserv. Fischwaren

Freitag, den 25. d. M., an die Bewohner des 3. Brottartenbezirks Nr. 1-500
bei Schmidt, Reichsstr., Andra, Alieuhainer Str., Haubold, Chemnitz Str., Liebers, Fabrikstr., Scheide, Babenberg.
Die Ausweisliste ist vorzulegen, worauf vom Händler die Entnahme einzutragen ist.
Stadtrat Frankenberg, am 23. Januar 1918.

Verkauf von Zuckerwaren

Donnerstag, den 23. d. M., Vorm. von 8 bis 1 Uhr bei N. Johns, Schloßstraße, an die Bewohner des 3. Brottartenbezirks. — Auf einen Haushalt entfällt eine Dose zum Preise von 50 Pf. — Die Ausweisliste ist vorzulegen.
Stadtrat Frankenberg, den 23. Januar 1918.

Tageblatt-Bestellungen

nehmen unsere Ausgabestellen, Stadt- und Landboten, sowie Postanstalten entgegen.

Ein Seegefecht vor den Dardanellen

Kreuzer „Breslau“ gesunken
sd Berlin, 22. Januar. (Mitteil.) Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer „Sultan Jausus Selim“ (früher „Goeben“), der kleine Kreuzer „Midilli“ (früher „Breslau“) und Torpedoboote aus den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgestellt waren. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Huls schwer beschädigt und die englische Signalstation an der Aophalo-Bucht zerstört. Beim Rückmarsch nach der Dardanellen ist der kleine Kreuzer „Midilli“ durch mehrere Unterwasserminen von Minen oder Unterseebooten gesunken. „Sultan Jausus Selim“ kam beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen in der Enge bei Nagara leicht fest. Er ist nicht, wie in der englischen amtlichen Meldung behauptet wird, durch schwere Beschädigungen auf Strand gefloht.

Der türkische Bericht
sd Konstantinopel, 22. Januar. In fähigem Angriff stießen gestern „Jausus Selim“ und „Midilli“ sowie Torpedoboote aus den Dardanellen vor, um die feindlichen Streitkräfte, die bei Imbros festgestellt worden waren, zu vernichten. Zwei feindliche Monitore, „Raglan“ (4-5000 T.) mit zwei 35,6-Zm.-Geschützen, ferner der Monitor „M. 28“ (500 T.), mit einem 23,4-Zm.-Geschütz und einem 15,2-Zm.-Geschütz, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen, eine Signalstation und zahlreiche Munitionsdepots wurden vernichtet. Weiderseits herrschte rege Fliegerätigkeit. Ein feindliches Flugzeug wurde im Luftkampf abgeschossen, ein anderes schwer beschädigt. Die Küstenbatterien beschossen erfolgreich feindliche Torpedoboote. Auf der Rückfahrt sank die „Midilli“ durch mehrfache Minentreffer.

Die englische Darstellung
sd Haag, 22. Januar. Reuter meldet aus London offiziell: Die britische Admiralität berichtet folgende Einzelheiten zu dem Gefecht an den Dardanellen am 20. Januar: Die „Goeben“ und die „Breslau“ erschienen am frühen Morgen des 20. Januar an den Dardanellen und griffen die britischen Streitkräfte nördlich von Imbros mit dem Erfolge an, daß die „Raglan“ und „M. 28“ schwer von den Geschützen getroffen und zerstört wurden. Die feindlichen Schiffe stießen daraufhin bis südlich von Imbros vor, wo die „Breslau“ gezwungen wurde, in eines der englischen Minenfelder einzufahren. Sie stieß auf eine Mine und sank. Die „Goeben“ fuhr mit Vollampf nach den Dardanellen zurück, während türkische Torpedojäger zu Hilfe kamen und von britischen Torpedojägern in ein Gefecht verwickelt und vertrieben wurden. Als die „Goeben“ sich dem Eingang der Dardanellen näherte, stieß sie ebenfalls auf eine Mine, wodurch ihre Fahrgeschwindigkeit vermindert wurde. Die „Goeben“ machte etwa 15 Grad Schlagseite und brachte sich selbst zum Stranden. Westlich von Nagara, wo sie nun von britischen Fliegern fortwährend bombardiert wurde. Die Engländer retteten 172 Mann von der „Breslau“. Sie wurden gefangen genommen. Die Namen der Überlebenden von „Raglan“ und „M. 28“ sind noch nicht bekannt. Bisher wurden 132 Überlebende gemeldet. Die Gesamtzahl der Verunglückten beträgt etwa 310.

Ernste Lage in Schottland

Ich bin nicht verantwortlich für die Ansichten der Shop Stewards über die neue Rekrutierungsvorlage. Ich gebe sie nur wieder. Mit diesen Worten leitete ein Berichterstatter der „Daily News“ eine eingehende Schilderung der bedrohlichen Lage in den schottischen Industriebezirken ein. Die dortigen Gewerkschaften haben bekanntlich trotz der Haltung des Unterhauses ihr Ultimatum an die Regierung ausreicht erhalten, demzufolge am 31. Januar ein Generalstreik in der Clyde-Industrie einsehen werde, falls die neuen Rekrutierungsgehebe bis dahin nicht zurückgezogen würden. Der Berichterstatter fährt aus, daß die wirklichen Ursachen für die revolutionäre